Allgemeiner Anzeiger

Nachrichten für das märkische Sauerland

Gegründet 1901

Bezugsgebühren:
2.70 DM einschließlich Zustellgebühren
Postbezug: 2.30 DM zuzgl. Zustellgebühren
Bestellungen
bei der Geschäftsstelle und den Boten

Anzeigenpreise:
Grundpreis . . . . . 0.15 DM
Amtl. Bekanntmachungen . 0.10 DM
Stellengesuche . . . . . 0.10 DM
— Anzeigenpreisliste Nr. 2 —

Nr. 220 | Halver, Mittwoch, den 20. September | 1950

Radikale Maßnahmen der Bundesregierung

Kampfansage gegen die Kommunisten

Entfernung aus dem öffentlichen Dienst – Auch Rechtsradikale werden entlassen

dmt. Bonn 19. September

Die Bundesregierung hat den Kampf gegen die kommunistische Infiltration jetzt in aller Form und mit aller Konsequenz aufgenommen.

Bundeskanzler Dr. Adenauer sagte vor der Bundespressekonferenz, die Kommunisten östlich und westlich des Eisernen Vorhanges gingen darauf aus, auch Westdeutschland zu einem Satellitenstaat zu machen, in dem die Arbeiter ebenso unterdrückt würden, wie jeder andere Bürger. Heute seien die Konzentrationslager in der Sowjetzone überfüllter als je in der Nazizeit. Die Bundesregierung, sagte Dr. Adenauer, sei fest entschlossen, von allen ihr gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln Gebrauch zu machen, um die kommunistische Infiltration zu bekämpfen.

„Wir werden alle Anhänger dieser zerstörenden Denkrichtung aus dem öffentlichen Dienst entfernen. Den Kampf nehmen wir jetzt auf, weil wir wissen, daß dabei nicht nur echte moralische, sondern auch sehr starke materielle Kräfte uns zur Seite stehen."

Bundesinnenminister Dr. Heinemann verlas dann den von der Bundesregierung einmütig gefaßten Beschluß, alle Beamten, Angestellten und Arbeiter aus dem Bundesdienst zu entfernen, die „an Organisationen oder Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Staatsordnung teilnehmen, sich für sie betätigen oder sie sonst irgendwie unterstützen." Die Bundesregierung bezieht sich dabei auf Artikel 3 des vorläufigen Bundespersonalgesetzes vom 17. Mai 1950, in dem die Treueverpflichtung für jeden Bundesangehörigen ausdrücklich zur Voraussetzung für seine Tätigkeit im Bundesgebiet gemacht wird.

Zu den Organisationen, deren Unterstützung mit den Dienstpflichten unvereinbar ist, gehören nach dem Beschluß der Bundesregierung:

1. Die Kommunistische Partei Deutschlands mit allen ihren Unterorganisationen, 2. die Sozialdemokratische Aktion, 3. die Freie Deutsche Jugend (FDJ), 4. Die Vereinigung der Sowjetfreunde, 5. die Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, 6. der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands, 7. der Gesamtdeutsche Arbeitskreis für Land- und Forstwirtschaft, 8. das Komitee der Kämpfer für den Frieden, 9. das Komitee der jungen Friedenskämpfer, 10. die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, 11. die Sozialistische Reichspartei, 12. die sogenannte „Schwarze Front" (Otto-Strasser-Bewegung), 13. die Nationale Front (Dachorganisation).

Die Länderregierungen werden aufgefordert, nach dem Beispiel der Bundesregierung zu verfahren und ihrerseits alle kommunistisch verseuchten Elemente aus dem Länder- und Kommunaldienst zu entfernen. „Gegen Schuldige ist unnachsichtlich die sofortige Entfernung aus dem Bundesdienst herbeizuführen, und zwar bei Beamten auf Lebenszeit durch Einleitung eines förmlichen Dienststrafverfahrens unter gleichzeitiger vorläufiger Dienstenthebung und Gehaltseinbehaltung, bei Beamten auf Widerruf und bei Angestellten und Arbeitern durch fristlose Kündigung", heißt es in dem Beschluß der Bundesregierung.

Ein Einschreiten gegen die KP selbst liegt, wie Bundesinnenminister Dr. Heinemann sagte, nicht in der Kompetenz der Bundesregierung, sondern muß der Entscheidung durch den Verfassungsgerichtshof vorbehalten bleibe fassungsgerichtshof vorbehalten bleiben.

Länder folgen dem Beispiel

dmt. Bonn, 20. September

Aus Württemberg-Baden und Hessen wird bereits bekannt, daß sich diese Länder dem Vorgehen des Bundes gegen die KPD und ihre Unterorganisationen anschließen wollen. Der württembergisch-badische Ministerpräsident Dr. Reinh. Maier erklärte, sein Land werde ebenfalls alle Mitglieder und Anhänger der kommunistischen Partei aus Regierungsstellen entfernen. Allerdings sei die Zahl der Kommunisten im Staatsdienst verschwindend klein, und sie seien auch nur im unteren und mittleren Dienst zu finden. Auch Hessen hat sich zu gleichen Maßnahmen entschlossen.

FDP wünscht Verbot der KPD

dmt. Bonn, 20. September

Der Beschluß der Bundesregierung, alle der KPD oder ihren Unterorganisationen angehörenden Mitglieder aus dem öffentlichen Bundesdienst zu entfernen, wird von der FDP-Fraktion lebhaft begrüßt. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Euler meint jedoch, daß der Kabinettsbeschluß auch durch ein entsprechendes Gesetz des Bundestages fundiert werden müsse. Euler wünscht außerdem, daß die Möglichkeit zum Verbot der KPD geschaffen werde und forderte deshalb eine beschleunigte Verabschiedung des Gesetzes über den Bundesverfassungsgerichtshof.

KPD-Haus durchsucht

ge. Düsseldorf, 20. September

Am Dienstag wurde überraschend das kommunistische Parteihaus in Düsseldorf von deutscher und britischer Polizei durchsucht. Die Durchsuchung erfolgte gerade in einem Augenblick, als eine Reihe von Kommunisten zu einer Konferenz versammelt waren. Die Polizei stellte die Namen der Konferenzteilnehmer fest. Ihr fiel außer einer Menge kommunistischer Druckschriften auch ein Spezial-Funkgerät in die Hände.

KPD-Vorsitzender verhaftet

dpa. Duisburg, 19. September

Der 1. Vorsitzende der KPD im Stadtkreis Duisburg, Rudolf Fey, wurde am Montagabend von der Kriminalpolizei verhaftet. Das Duisburger Amtsgericht hatte den Haftbefehl erlassen, weil in der Duisburger KPD-Zentrale Propagandaschriften hergestellt wurden, mit denen Polizeibeamte im Ruhrgebiet aufgefordert werden sollten, den Befehlen ihrer Vorgesetzten nicht mehr zu folgen. Gleichzeitig wurde bei einer Durchsuchung des Duisburger KPD-Büros eine Sekretärin festgenommen. Drei Schreibmaschinen und ein Vervielfältigungsapparat wurden beschlagnahmt.

In einem Bielefelder Kino beschlagnahmten Beamte des britischen Sicherheitsdienstes einen Vorführungsapparat, einen Filmstreifen vom Berliner Pfingsttreffen der FDJ und kommunistisches Propaganda-Material. Drei der verantwortlichen Funktionäre der FDJ wurden vorübergehend festgenommen.

Zahlungsunion unterzeichnet

dpa. Paris 19. September

Vertreter der 18 Mitgliedstaaten der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) unterzeichneten am Dienstagnachmittag in Paris das Abkommen über die europäische Zahlungsunion (EPU). Für die Bundesrepublik Deutschland leistete Dr. von Mangoldt von der deutschen OEEC-Delegation in Paris die Unterschrift. Mit der EPU treten wichtige handelspolitische Abmachungen in Kraft.

In einem Telegramm hat Vizekanzler und ERP-Minister Blücher am Dienstag dem Leiter der ECA-Mission für Deutschland, Hanes, die Dankbarkeit der deutschen Bevölkerung für die Segnungen des Marshall-Planes ausgesprochen. Zugleich drückt er die Hoffnung aus, daß die europäische Zahlungsunion die Ziele des Marshall-Planes — eine wirklich vereinheitlichte und beständige europäische Gesamtwirtschaft herzustellen — schneller erreichbar machen möge.

In einer offiziellen Erklärung, die am gleichen Tage in Bonn veröffentlicht wurde, nennt Blücher die Unterzeichnung des Abkommens eine neue große Station auf dem Wege des Marshallplanes zum Wohlstand der Völker.

Der Wortlaut des New Yorker Kommuniquees

Sicherheit der Bundesrepublik garantiert – Lockerung des Besatzungsstatuts – Motorisierte deutsche Polizeikräfte – Aufnahme diplomatischer Beziehungen genehmigt – Schiffsbaubeschränkungen aufgehoben

dmt. Bonn, 19. September

Das am Dienstagnachmittag bekanntgegebene Abschluß-Kommuniqué der New Yorker Konferenz hat folgenden Wortlaut:

„Die Außenminister der drei Westmächte haben auf ihrer Konferenz in New York nach einem am Dienstagabend vom amerikanischen Hohen Kommissariat in Frankfurt veröffentlichten Kommuniqué die Lage in Deutschland und die alliierten Beziehungen zur Bundesrepublik im Licht der Entwicklung seit ihrem letzten Zusammentreffen in London im Mai 1950 überprüft. Sie haben bei ihrer Untersuchung die Gesichtspunkte in Rechnung gesetzt, die bei jüngsten Gelegenheiten von der Bundesregierung dargelegt wurden.

Um die Beendigung des Kriegszustandes

Die Außenminister und ihre Regierungen teilen den Wunsch des deutsche Volkes nach einer Einigung Deutschlands auf einer Basis, die den grundsätzlichen Freiheiten gerecht wird. Trotz ihrer Bemühungen, dieses Ziel zu erreichen, wird es offensichtlich nicht verwirklicht werden, solange die Sowjetunion fortfährt, Vorschläge für demokratische Wahlen in ganz Deutschland zu ignorieren und Wahlen unter Kontrolle zu veranstalten, wie die, die am 15. Oktober in der Sowjetzone abgehalten werden sollen. Bis zur Vereinigung Deutschlands betrachten die drei Regierungen die Bundesregierung als die einzige deutsche freigewählte und legitim konstruierte Regierung, die infolgedessen berechtigt ist, für Deutschland zu sprechen als Repräsentant des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten.

Die Außenminister bekräftigen erneut ihren schon vielfach bewiesenen Wunsch, die Bundesrepublik in die Gemeinschaft der freien Völker einzugliedern. Sie sind überzeugt, daß die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes am Aufbau einer europäischen Gemeinschaft und an der Sicherung ihrer gemeinsamen Zivilisation teilzunehmen wünscht. Die Zeit erscheint ihnen gekommen, einen weiteren Schritt auf dem Wege zu diesen Zielen zu tun. Im Geiste der neuen Beziehungen, die sie mit der Bundesrepublik aufzunehmen wünschen, haben sich die drei Regierungen entschlossen, sobald wie dies nach den Verfassungen ihrer Länder veranlaßt werden kann, die nötigen legislativen Schritte zur Beendigung des Kriegszustandes zu unternehmen. Diese Maßnahme berührt nicht die Rechte und den Status der drei Mächte in Deutschland, die auf anderen Grundlagen beruhen. Sie wird jedoch eine feste Basis für die weitere Entwicklung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen schaffen und Beschränkungen beseitigen, denen die deutschen Staatsbürger unterworfen sind. Die drei Regierungen hoffen, daß andere Nationen Möglichkeiten finden werden, um ähnliche Maßnahmen in Uebereinstimmung mit ihren Verfassungen zu ergreifen.

Angriff gegen Bundesrepublik — Angriff gegen Alliierte

Die drei Außenminister haben das Sicherheitsproblem der Bundesrepublik ernstlich erörtert, und zwar sowohl den Standpunkt der äußeren wie der inneren Sicherheit. Sie erkennen, daß in der sowjetischen Besatzungszone echte militärische Einheiten aufgestellt wurden und daß diese Tatsache zusammen mit den jüngsten Ereignissen in Deutschland und andererorts eine sehr bedenkliche Situation geschaffen hat. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß ihre Streitkräfte in Deutschland außer ihren Besatzungsaufgaben noch die Rolle übernommen haben, als Sicherheitstruppen zum Schutz und zur Verteidigung der deutschen Bundesrepublik und der Berliner Westsektoren zu dienen. Um diesem Schutz mehr Wirkung zu verleihen, werden die alliierten Regierungen ihre Truppen in Deutschland verstärken. Sie werden jeden Angriff gegen die Bundesrepublik oder gegen Berlin, gleichgültig, von welcher Seite er ausgeht, so behandeln, als wäre er ein Angriff gegen sie selbst.

Die Frage der deutschen Wiederbewaffnung

Die Minister stimmen darin vollkommen überein, daß die Wiederbewaffnung einer deutschen nationalen Armee nicht im Interesse Deutschlands oder Europas liegen würde. Sie glauben auch, daß diese Ansicht von der großen Mehrheit des deutschen Volkes geteilt wird. Die Minister haben jedoch in der letzten Zeit die in Deutschland und außerhalb geäußerten Ansichten zur Kenntnis genommen, die eine deutsche Beteiligung an einer internationalen Streitmacht zur Verteidigung der Freiheit Europas befürworten. Die Frage, die durch das Problem der Teilnahme der deutschen Bundesrepublik an der gemeinsamen Verteidigung

5. UNO-Vollversammlung eröffnet

Perser wird Präsident – Diskussion über die Zulassung Chinas

dmt. New York, 19. September

Am Dienstagabend wurde die fünfte Vollversammlung der UNO eröffnet, an der Delegationen aus 59 Staaten teilnahmen. An der 73 Punkte umfassenden Tagesordnung interessieren vor allem die Korea-Frage und die Anerkennung der Volksrepublik China. Bevor nach der Eröffnungsansprache General Romulos zur Wahl des neuen Präsidenten und der sieben Vizepräsidenten der Vollversammlung sowie zur Konstituierung der sechs Hauptausschüsse geschritten werden konnte und bevor auch eine angekündigte Erklärung des UNO-Generalsekretärs Trygve Lie abgegeben werden konnte, stellte der indische Delegierte den Antrag, sofort die Frage der Aufnahme der Volksrepublik China in die UNO zu erörtern. Der sowjetische Außenminister Wyschinski unterstützte den Antrag und forderte die Ausschließung des Vertreters Nationalchinas, dem er das Recht absprach, in der UNO-Vollversammlung anwesend zu sein. Auch der jugoslawische Delegierte setzte sich für die Zulassung der Pekinger Regierung ein. Demgegenüber stellte der nationalchinesische Delegierte fest, allein seine Regierung stelle eine demokratische Vertretung des chinesischen Volkes dar.

Außenminister Acheson sprach sich gegen den indischen Antrag aus. Der kanadische Vertreter Außenminister Lester schlug schließlich die Bildung eines Siebener-Ausschusses vor, dem der Präsident der Vollversammlung angehören soll. Dieser Ausschuß solle sich mit der Zulassung der Volksrepublik China zur UNO befassen und der Vollversammlung seine Empfehlungen zuleiten. Dieser Vorschlag wurde angenommen.

Darauf wurde die Wahl des neuen Präsidenten der Vollversammlung vorgenommen. Der persische Hauptdelegierte Nasrollah Entezam erhielt die höchste Stimmenzahl und damit die Würde des Präsidenten der 5. UNO-Vollversammlung, an der etwa 500 führende Politiker aus der ganzen Welt teilnehmen.

Die nächste Sitzung der UNO-Vollversammlung wurde auf Mittwochnachmittag angesetzt.

Abstimmung überflüssig!

Die Stadt Heidelberg hat kürzlich ein Beispiel für Demokratie gegeben, wie sie nicht sein soll. Es ging darum, den Jahresetat der Stadt, der immerhin die ansehnliche Summe von 80 Millionen DM vorsieht, im Stadtparlament zu beraten. Abgesehen davon, daß diese Haushaltsdebatte mit einer mehrmonatigen Verspätung erfolgte, war die Oeffentlichkeit von der Anberaumung der Sitzung und der zur Verhandlung stehenden Tagesordnung überhaupt nicht benachrichtigt worden. Die Redaktionen der Ortszeitungen wurden so spät von der Abhaltung der Sitzung unterrichtet, daß ihre Berichterstatter erst eintreffen konnten, als die Sitzung bereits im Gange war.

Wie sich dann zeigte, gab es nun freilich so gut wie keine Debatte im Stadtparlament. Warum wohl? Nun einfach darum, weil die Parteien der Großen Koalition, die Heidelberg gegenwärtig regieren, alle Einzelheiten des Haushaltes bereits unter sich ausgehandelt hatten, so daß die Oeffentlichkeit vor vollendete Tatsachen gestellt wurde.

Wie grotesk der ganze Vorgang war, geht schon aus der Tatsache hervor, daß die Fraktion der Freien Demokratischen Partei insgesamt durch Abwesenheit glänzte. Aber das machte auch nichts weiter aus, denn der Oberbürgermeister erklärte kalt lächelnd, die Mitglieder der FDP hätten ihm ihre Zustimmung zum Haushalt schon vorher gegeben, es sei also nicht mehr nötig, daß sie mitabstimmten.

Uns will scheinen, als sei hier das Wort Demokratie schon längst nicht mehr anwendbar. Die Methoden eines solchen Kuhhandels hinter den Kulissen dürften auch kaum geeignet sein, das Vertrauen der Oeffentlichkeit in die Geschäftsführung des Heidelberger Magistrates wie auch in die Handhabung der Demokratie überhaupt zu festigen. Wenn solche Zustände einreißen, dann regiert sich auch diese Demokratie genau so zu Tode wie die Weimarer Republik.

(PvB)

Die Seite der Heimat

Halver, den 20. September 1950

Das erste welke Blatt

Da liegt es am Weg.

Ein welkes Blatt, das erste in diesem Jahr. Nein, nicht ein gelbes Blatt, wie man es den ganzen Sommer über hier und dort findet, sondern ein herbstmüdes, septemberbraunes, ein Blatt, das sterben will.

Lichtgrün und winzig ist es im Frühling erwacht, hat sich breit und schön in der sommerlichen Sonne entfaltet, hat sich im Herbst golden gefärbt und mag nun den Winter nicht mehr erleben. Vielleicht fürchtet es, allein mit wenigen



(Foto Breitbach)

an den sonst kahlen Zweigen frieren zu müssen, dieses Blatt, vielleicht ist es weise und will dann das Fest seines Lebens verlassen, wenn es am schönsten ist. Wer weiß denn, was so ein Blatt in seiner wunderlichen Seele denkt . . .

Eigentlich stimmt es gar nicht wehmütig, wenn man zusieht, wie sich ein Blatt im Herbst von seinem Zweige löst und ganz sacht und leise, fast lächelnd, schaukelnd zur Erde sinkt. Das ist ein so ruhiges sich selbst Aufgeben, ein so dem Willen der Natur sich Hingeben, daß es beglückt.

Ja, man könnte stundenlang über dieses erste welke Blatt am Weg philosophieren und manche Erkenntnisse finden. Aber wer hat heutzutage noch Zeit, sich um ein welkes Blatt zu kümmern? Man kümmert sich ja noch nicht einmal um einen anderen Menschen. Nur, daß es Herbst werden will, merkt man, und daß es Zeit wird, sich um Holz und Kohlen zu kümmern.

Und wir hasten und hetzen, wir jagen und laufen, um unseres armseligen Lebens willen . . . Tag um Tag, Jahr um Jahr . . . bis auch für uns der Herbst kommt und der Winter, und ein leiser Windhauch uns vom Baum des Lebens weht.

Halver

Schutz den Straßenlampen

In den langen Sommermonaten blieben die Straßenlampen unbehelligt, die Jugend hatte scheinbar wichtigere Punkte, an denen sie ihre überschüssige Kraft auslassen konnte. Jetzt aber, da die Straßenbeleuchtung gerade in Halver einen wichtigen Zweck zu erfüllen hat, werden diese unschuldigen Objekte menschlicher „Erleuchtung" zu den Zielobjekten der Jugend auserkoren. Vor allen sind es die Halbstarken, die hin und wieder ein „Nachtschießen" oder „Nachtwerfen" veranstalten müssen, oder ob diese Burschen lieber im Dunkeln ihr Unwesen treiben, man weiß es nicht, jedenfalls sind ab und zu einzelne Lampen zertrümmert, und dadurch sind ganze Straßenzüge in den späten Abendstunden vollkommen ohne Licht. Dies wirkt sich gerade in Halver ungünstig aus, denn wie kaum ein anderer Ort in der näheren und weiteren Umgebung findet man in Halver nur wenige Straßenlampen. Es kann deshalb nicht scharf genug darauf hingewiesen werden, daß die Verantwortlichen mit ihren Nachkommen einmal ein sehr ernstes Wörtchen über diesen Fall reden, denn schließlich müssen ja die Eltern für ihre ungeratenen Kinder die Zeche bezahlen.

Im Zeichen des Gemeinschaftsverkehrs

An den Haltestellen, die von der Kraftverkehrsgesellschaft Mark-Sauerland sowie von dem Kraftverkehr Wupper-Sieg gemeinsam angefahren werden, hat man jetzt für beide Gesellschaften ein einziges Halteschild angebracht.

Warnung vor Landstreichern

Die Tage werden kürzer und kälter, mit der hereinbrechenden Dämmerung macht sich jetzt wieder, und dies gilt vor allem für den Bauern, eine unliebsame Erscheinung bemerkbar. Es pocht an Tür und Tor und bittet um Einlaß und Unterkunft. Jene, die den Sommer über mit der Landstraße verheiratet waren und sich mit dem Abendhimmel zudeckten, beginnen die herannahende Kühle zu fühlen und suchen schützendes Obdach. Es kann indessen nicht genug vor diesen Herumtreibern, von wenigen Ausnahmen abgesehen, sind sie's alle, gewarnt werden. Nicht alle sind Flüchtlinge aus der russischen Zone, wie sie heute fast ausnahmslos angeben, nicht alle sind „drüben" politisch Verfolgte. Der gutmütige Quartiergeber muß das häufig genug am nächsten Morgen feststellen, wenn ihm ein paar Speckseiten oder gar ein ganzes Schwein fehlen. Nirgendwo wird Gutmütigkeit schamloser ausgenützt als in den Fällen, da Herumstrolchenden Obdach gewährt wird. Es wäre nicht der erste Bauernhof, der infolge des leichtsinnigen Verhaltens von Landstreichern abgebrannt wäre. Alle, die es angeht, seien daher eindringlich gewarnt, hier falsches Mitleid zu hegen, damit sie nicht zu ihrem eigenen Schaden eines anderen belehrt werden.

Seltsamer Unfall

Ein Lastwagenfahrer wollte seinen Wagen andrehen, hierbei schlug die Kurbel zurück und verletzte den Bedauernswerten so stark, daß er ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Schalksmühle

Um den großen Neubau

am Rotthauser Weg sind in letzter Zeit von gewisser Seite, ob durch bewußte oder unbewußte Maßnahmen, Irreführungen in der Oeffentlichkeit hervorgerufen worden, die namentlich bei Wohnungsuchenden berechtigte Besorgnis erwirkten. Es konnte nunmehr an maßgebender Stelle in Erfahrung gebracht werden, daß die linke Hälfte des Baues für etwa 11 Familien am 1. November 1950 bezugsfertig ist und die rechte übrige Hälfte kann am 1. Dezember 1950 bezogen werden.

Was wird mit dem Flaßkamp?

Zugeschüttet hat man die „Schützengräben" im Flaßkamp inzwischen. Jetzt ist es aber an der Zeit, eine Generalüberholung des Weges vorzunehmen, denn wenn in Kürze die herbstliche Regenperiode einsetzt, wird sich der ganze Weg in ein unpassierbares Schlammbad verwandeln.

Große Gartenbau-Ausstellung in Schalksmühle

In Verbindung mit dem Imkerverein und den Schalksmühler Berufsgärtnern findet am Sonnabend, dem 30. September und Sonntag, dem 1. Oktober 1950 im Gemeindesaal eine große Gartenbauausstellung statt. In einer gemeinsamen Vorstandssitzung der drei obengenannten Organisationen wurde letzthin die gesamte Ausstellungsordnung festgelegt. Es werden hiesige Erzeugnisse der Obst- und Gartenbau-Interessenten gezeigt. Dazu erstmalig auch die Erzeugnisse der Imker. Außerdem wird durch einen erstklassigen Fachmann eine Beurteilung der einzelnen Obstsorten vorgenommen werden. Die ganze Veranstaltung wird in Schalksmühle erstmalig aufgezogen und wird gestützt auf reiche, gesammelte Erfahrungen bei anderen, auswärtigen einschlägigen Ausstellungen auch zu einem großen Erfolge führen. Es ist und wird alles aufgeboten, um den Besuchern einen Einblick in die vielseitige Arbeit der Obst- und Gartenbauer und Imker zu verschaffen.

Rönsahl

Marktplatz wird neu eingedeckt

In der letzten Gemeinderatssitzung wurde beschlossen, den Marktplatz neu eindecken zu lassen, da sich der Platz, der in der Hauptsache Parkplatz ist, in sehr schlechtem Zustand befindet. Mit der Arbeit soll bald begonnen werden, damit der Platz vor Beginn des Winters fertiggestellt ist. — Bei dieser Gelegenheit sei nochmals darauf hingewiesen, daß es verboten ist, den Denkmalsplatz als Kinderspielplatz zu benutzen.

Lüdenscheider Viehmarkt

am 18. 9. 1950

Auftrieb: Großvieh 37, Kälber 20, Schweine 154, Schafe 4.

Preise für je ½ kg Lebendgewicht in Dpfg.: Ochsen Klasse AA bis 93, Bullen Klasse A 80, Klasse C 70—75, Kühe Klasse AA 85, Klasse A 75—78, Klasse B 70—75, Klasse C 58—65, Klasse D 31, Färsen Klasse AA 88—93, Klasse A u. B bis 83, Kälber Sonderklasse 130, Klasse A u. B bis 110, Klasse C 85—95, Klasse D 75, Schafe 40—68, Schweine 100—150 kg und mehr 140—148, 80—100 kg 130—135.

Marktverlauf: Großvieh langsam, Schweine schleppend, Ueberstand. Kälber flott, Bedarf nicht gedeckt. Qualität: Großvieh gut bis sehr gut. Schweine mittel bis gut. Kälber und Schafe gut. □

Das Amt Kierspe wählte seinen Amtsdirektor

Amtsoberinspektor Barthold zum Amtsdirektor des Amtes Kierspe einstimmig von der Amtsvertretung Kierspe gewählt – Die feierliche Amtseinführung erfolgt am 28. September 1950

Der gestrige Dienstag hatte für den Amtsbezirk Kierspe eine besondere Bedeutung. Die Amtsvertretung hatte an diesem Tage die Neuwahl des Amtsdirektors auf die Tagesordnung ihrer Sitzung gesetzt. Durch den plötzlichen Tod des Amtsdirektors Tyszka war die Stelle seit einigen Monaten verwaist, wurde aber in diesen Tage durch den ersten Beamten des Amtes Kierspe, Amtsoberinspektor Wolfgang Barthold vertretungsweise mitversehen, natürlich ein Zustand, der auf die Dauer unhaltbar war, denn es ist nicht möglich, daß die beiden wichtigsten Verwaltungsposten innerhalb eines Amtes in einer Hand liegen. In dieser Vertretungszeit hatte jedoch Amtsbürgermeister Ruhe sowie die meisten Herrn der Amtsvertretung Gelegenheit gehabt, die Arbeit des derzeitigen Amtsoberinspektors kennen und schätzen zu lernen, so daß bereits in der letzten Sitzung der Amtsvertretung in Rönsahl der Gedanke auftauchte, den jetzigen Vertreter mit der Stelle des Amtsdirektors zu betrauen. In einer losen Besprechung war in Abwesenheit der Verwaltung der Plan gereift und wurde gestern auf die Tagesordnung gesetzt. Die Wahl erfolgte nach kurzer Aussprache einstimmig.

Die Amtsvertretersitzung im einzelnen

Amtsbürgermeister Ruhe eröffnete kurz nach 16 Uhr die Sitzung und begrüßte die vollzählig erschienenen Vertreter. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung und Bestimmung eines Amtsvertreters, der das neue Protokoll mit unterzeichnet, gab Amtsbürgermeister Ruhe den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bekannt: Neuwahl des Amtsdirektors. Er betonte, daß die Stelle nicht ausgeschrieben worden sei, trotzdem seien aber 11 unaufgeforderte Bewerbungen eingegangen. Die Vertretung war jedoch der Ansicht, daß man auf ein Verlesen der Bewerbungen verzichten könne, da man auch jetzt noch den gleichen Standkunkt vertrete, wie bei der zwanglosen Besprechung in Rönsahl. Amtsbürgermeister Ruhe stellte damit fest, daß somit nur die Bewerbung von Amtsoberinspektor Wolfgang Barthold übrig blieb, der anschließend einstimmig gewählt wurde. Als Wahlzeit wurden 12 Jahre festgesetzt, mit einer Probezeit von 6 Monaten.

Nachdem der neugewählte Amtsdirektor von seiner Wahl in Kenntnis gesetzt worden war, nahm Amtsbürgermeister Ruhe Gelegenheit, Herrn Barthold zu versichern, daß die Vertretung mit dieser Wahl in ihm ihr vollstes Vertrauen gesetzt habe, er hoffe aber auch zuversichtlich, daß er das ihm geschenkte Vertrauen jederzeit rechtfertigen werde. Es sei ein schweres Amt, aber die Vertretung ist davon überzeugt, daß es dem neuen Amtsdirektor gelingen werde, dieses zum Wohle des Amtes Kierspe und seiner Bewohner zu führen. Er versprach ihm weiter, daß er selbst als Amtsbürgermeister ihn immer unterstützen werde. Er wünsche dem neuen Behördenchef für sein neues Amt viel Glück und Erfolg.

Bewegten Herzens dankte der neugewählte Amtsdirektor für das ihm entgegengebrachte Vertrauen durch die einstimmige Wahl. Er gedachte in ehrenden Worten der beiden verstorbenen Amtsdirektoren Krüsmann und Tyszka, den es beiden nicht vergönnt gewesen sei, ihre Amtszeit zu beenden. Er selbst habe aber als erster Beamter viel von diesen wertvollen Fachkräften und Menschen gelernt, so daß er glaube, dank seiner langjährigen Erfahrung innerhalb des Amtes Kierspe, dieses Amt bekleiden und führen zu können. Es war auch für mich nicht leicht, den Entschluß zu fassen, mich um dieses Amt zu bewerben, denn als erster Beamter des Amtes Kierspe und durch die langen Vertretungen, war ich mir darüber klar, was alles von mir verlangt wurde. Als ich jedoch endlich den festen Entschluß gefaßt hatte, da habe ich es auch freudigen Herzens getan. Ich werde die Verantwortung auf mich nehmen und werde jederzeit versuchen, mich des Vertrauens würdig zu erweisen, daß die gesamte Amtsvertretung in mich gesetzt hat.

Ich bin mir aber auch dessen bewußt, daß ich durch die Unterstützung, die mir Amtsbürgermeister Ruhe zugesagt hat, manches viel leichter haben werde, denn das Amt Kierspe ist in der glückliche Lage, einen Bürgermeister zu haben, wie es kaum ein zweites Mal möglich sein wird.

Bei der Amtseinführung werde ich noch weitere grundsätzliche Ausführungen machen.

Amtseinführung am 28. September

Die Amtsvertretung beschloß darauf hin auf Vorschlag des Bürgermeisters die feierliche Amtseinführung am Donnerstag, dem 28. September, um 18 Uhr im Sitzungssaal des Amtes Kierspe durchzuführen.

Der in einer der letzten Sitzungen der Amtsvertretung beschlossene Kauf eines Amtswagens kam als nächster Punkt der Tagesordnnng zur Sprache. Der Verwaltungsrat hatte beschlossen, sich drei Autotypen vorführen zu lassen, drei sachverständige Amtsvertreter werden daraufhin zusammen mit der Verwaltung die Entscheidung treffen. Kurz zur Sprache kam darauf noch die Garage für den Amtswagen sowie der Fahrer, der gleichzeitig die Stelle des Hausmeisters mit übernehmen soll.

Unter Punkt Verschiedenes wurde der Bau einer provisorischen Garage für einen Wagen des Löschzuges Vollme der Freiwilligen Feuerwehr des Amtes Kierspe zur Sprache gebracht. Der Wagen ist aus eigenen Mitteln des Löschzuges gekauft worden. Für den Bau eines entsprechenden Schuppens sind die erforderlichen Etatmittel bereit, so daß diese Frage damit erledigt werden konnte.

Nach einer kurzen vertraulichen Sitzung nahm die Kiersper Gemeindevertretung zur Vergebung verschiedener Gemeindearbeiten Stellung, dann konnte Amtsbürgermeister Ruhe diese wichtige Sitzung mit Dankesworten an alle Vertreter beenden.

Die Halverschen Brieftauben haben es geschafft

Reisetaubenzuchtverein „Heimkehr" Halver Sieger beim Endflug für Jungtauben ab Aschaffenburg, 180 km

Aus dem letzten diesjährigen Preisfliegen der Jungtauben innerhalb der Sauerländischen Reisevereinigung ging der Verein „Heimkehr" Halver als Sieger hervor. Starke böige Westwinde und einzelne Regenschauer machten den Flug sehr schwer, so daß die Leistungen der Tauben auf diesem Flug besonders zu werten sind.

Folgende Ergebnisse wurden von den angeschlossenen Vereinen erzielt:

„Germania" Lüdenscheid, gesetzt 67 Tauben, errungen 16 Preise;
„Reisetaube" Lüdenscheid, gesetzt 47 Tauben, errungen 13 Preise;
„Ohne Furcht" Lüdenscheid, gesetzt 20 Tauben, errungen 7 Preise;
„Heimatliebe" Schalksmühle, gesetzt 5 Tauben, errungen 0 Preise;
„Ueber Berg und Tal" Brügge, gesetzt 86 Tauben, errungen 22 Preise;
„Brieftaube" Oberbrügge, gesetzt 6 Tauben, errungen 1 Preis;
„Heimkehr" Halver, gesetzt 61 Tauben, errungen 21 Preise;
„Lichtstrahl" Breckerfeld, gesetzt 47 Tauben, errungen 7 Preise.

Der Reisetaubensport hat in den letzten Jahren in unseren heimischen Bergen viele neue Anhänger gefunden. Besonders die Jugend ist stark an diesem Sport interessiert. Im kommenden Reisejahr 1951 dürfte daher mit einer noch größeren Beteiligung zu rechnen sein. Nachdem nun das Reisen für 1950 beendet ist, rüsten unsere Züchter für verschiedene Ausstellungen, die den ganzen Winter über stattfinden. Die Sieger aus einzelnen Wettflügen werden hier zur Schau gestellt, damit es weiten Kreisen der Bevölkerung möglich gemacht wird, sich näher mit den Brieftauben vertraut zu machen.

IVA hilft 750 000 Menschen

Monatlich 40 Millionen DM Renten — Im Augenblick kann Westfalen das noch schaffen

Zahlreiche Menschen die durch Krankheit, Alter und Krieg arbeitsunfähig oder arbeitsbehindert geworden sind, und vielen Witwen und Waisen gewährt die Landesversicherungsanstalt Westfalen seit langem Unterstützung und Hilfe. In einigen Monaten sind seit ihrer Gründung 60 Jahre vergangen. Aus der kleinen Quelle wurde im Laufe der Zeit ein breiter Strom. Nicht weniger als 745 322 Personen (oder jeder achte im Lande der Roten Erde) erhalten von der LVA eine Rente. Rund 40 Millionen DM werden monatlich ausgezahlt.

Vor Jahresfrist zählte man „nur" 506 040 Rentenempfänger. Im Laufe der letzten zwölf Monate sind also rund 250 000 hinzugekommen. Dieser enorme Anstieg ist vornehmlich auf das Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz, das am 1. Juni 1949 in Kraft trat, zurückzuführen. Es brachte den Versicherten wesentliche Vorteile gegenüber dem bisherigen Zustand. Dementsprechend stieg bei der LVA Westfalen nach dem 1. Juni 1949 die Zahl der Anträge auf Rentenzahlung aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung in ungeheurem Maße an. Gingen vor dem 1. Juni v. J. durchschnittlich monatlich 3500 bis 4000 neue Anträge ein, so erreichte ihre Zahl nach dem Stichtag monatlich 9000 bis 10 000; im Mai wurden noch 8200 und im Juli 7400 neue Anträge registriert.

Nur ein ganz kleiner Teil der Anträge ist sofort entscheidungsreif. Bei den anderen müssen weitere, zumeist recht langwierige Ermittlungen durchgeführt werden, ehe eine Entscheidung erfolgen kann. Hätte die LVA Westfalen im Kriege nicht ihre umfangreiche Kartei von etwa 30 Millionen Quittungskarten verloren und hätten die Versicherten nicht zu einem großen Teil in den Wirren der Kriegs- und Nachkriegszeit ihre Unterlagen verlegt oder eingebüßt, so wäre der Gang der Ermittlungen leichter und schneller. Besonders schwierig ist die Begründung eines Rechtsanspruches bei den Flüchtlingen. Die LVA müßte dann Briefe in alle Welt senden, um Rückfragen zu stellen; denn sie will nach Möglichkeit den Wünschen der Antragsteller entsprechen. Nur in Ausnahmefällen kann sie sich nach eingehender Prüfung des Tatbestandes mit Zeugenaussagen begnügen und unter bestimmten Voraussetzungen Pauschalen für die Höhe der Rente festlegen.

Kürzlich hat die LVA Westfalen eine größere Anzahl Aushilfskräfte eingestellt und neue komplizierte Rechenmaschinen in Betrieb genommen, um rationeller zu arbeiten und den Zeitraum der Ermittlungen nach Möglichkeit zu verringern. Denn es liegen noch rund 40 000 Anträge aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung vor, die noch nicht entschieden sind. Dringende Fälle werden bevorzugt behandelt.

Zum Arbeitsgebiet der Landesversicherungsanstalt gehört außerdem die Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. In den letzten drei Jahren gingen bei ihr 567 223 derartige Anträge ein. Nach dem letzten Stande werden von der LVA Westfalen 394 730 Kriegsbeschädigte und -hinterbliebene unterstützt, und 265 162 Personen erhalten Renten aus der Invalidenversicherung und 85 430 aus der Angestelltenversicherung.

Während die Leistungen der Kriegsopferversorgung vom Bund bezahlt werden, müssen die Leistungen der Invaliden- und Angestelltenversicherung aus den laufenden Einnahmen dieser Versicherungen genommen werden. Mit einer gewissen Sorge stehen die Versicherungsträger dem außerordentlichen Anwachsen der Zahl der Rentenempfänger gegenüber. Wenn sie weiterhin in dem Maße zunehmen sollte wie im letzten Jahre, müßten gesetzliche Maßnahmen zur Deckung der etwa entstehenden Fehlbeträge getroffen werden. Doch im Augenblick genügen in dem wirtschaftlich starken Westfalen die laufenden Einkünfte aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung noch, um den Verpflichtungen voll und pünktlich nachzukommen.

Textilhaus KRAUSE LÜDENSCHEID.
Für den Herbst bringen wir für jeden Geschmack Strickwaren
für Damen, Herren und Kinder in modischer und preiswürdiger Auswahl. Wenn Sie Ihre Wahl treffen, besuchen Sie uns unverbindlich.
Textilhaus KRAUSE LÜDENSCHEID.

Amerikanische Vorschläge für die UNO

Zur Wahrung des Friedens und der Sicherheit

ad. New York, 19. September

Die amerikanische UNO-Delegation werde der am Dienstag zusammentretenden Vollversammlung der UNO detaillierte Vorschläge für die Wahrung des internationalen Friedens und der Sicherheit unterbreiten, erklärte der Unterstaatssekretär für UNO-Angelegenheiten im US-Außenministerium, John D. Hickerson, im Hotel Waldorf-Astoria vor der amerikanischen Gesellschaft zur Förderung der UNO.

Die Vollversammlung werde sicherlich die Lehren aus den Erfahrungen in Korea ziehen und wirksame Pläne entwickeln, um eine zukünftige Aggression zu verhindern, sagte Hickerson. „Wir vertrauen darauf, daß die Vollversammlung darauf bedacht sein wird, sich energisch mit diesem Problem zu befassen und daß sie noch vor Ende dieser Sitzungsperiode ein kühnes Programm angenommen haben wird, um Aggressionen zu unterdrücken und den Frieden aufrecht zu erhalten."

Die kommunistische Invasion in Kora stelle eine Bedrohung der Vereinten Nationen dar, sagte Hickerson und fuhr fort, die freien Nationen hätten die Situation klar erkannt. „Wir haben zumindest die bittere Erfahrung aus der Geschichte gezogen, daß alle diejenigen, die aufrichtig den Frieden wünschen, sich vereinigen müssen, um den ersten Versuch einer Aggression zu unterdrücken. Das hat die freie Welt in Korea getan."

Hickerson sprach sich anschließend lobend über die Tätigkeit des Weltsicherheitsrates aus und erklärte, daß der Sowjetvertreter im Falle seiner Teilnahme an den Tagungen des Rates im Juni und Juli zweifellos sein Veto gegen die in diesem Zeitraum verabschiedeten Resolutionen eingelegt hätte. Der Unterstaatssekretär wies darauf hin, daß das Vetorecht nur im Weltsicherheitsrat, nicht aber in der Vollversammlung gelte. Die Vollversammlung werde ihre Befugnisse auf Grund der Lehren in Korea überprüfen müssen, um wirkungsvolle Maßnahmen ergreifen zu können, wenn der Weltsicherheitsrat geteilter Meinung sei.

Verkehrspolizei wird verstärkt

ge. Düsseldorf, 19. September

In allen Bundesländern sollen Landesverkehrswachten gegründet und zur gemeinsamen Bekämpfung der Verkehrsunfälle zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen werden. Das war die Meinung einer Tagung von Verkehrsbehörden, Wirtschafts- und Gewerkschaftstretern am Dienstag in Düsseldorf.

„Ich werde mich mit westfälischer Sturheit dafür einsetzen, daß die Verkehrspolizei verstärkt wird", versprach Verkehrsminister Dr. Sträter von Nordrhein-Westfalen. Landesverkehrswachten gibt es seit einem Jahr in Württemberg-Hohenzollern und seit sechs Monaten in Nordrhein-Westfalen. In den übrigen Bundesländern bestehen sie seit kurzem oder sollen im Anschluß an diese Tagung gegründet werden.

Verteidigungsminister zugezogen

dmt. London, 19. September

Die drei Außenminister der Westmächte haben den englischen Verteidigungsminister Shinwell und den französischen Verteidigungsminister Moch für die nächsten Tage nach New York berufen, um sich dort über die Frage der deutschen Wiederaufrüstung mit ihnen zu beraten. Moch wird gebraucht, weil eine Einigung zwischen den Außenministern in dieser Frage bis jetzt am französischen Widerstand gescheitert ist. Offenbar sollen die Verteidigungsminister nun die praktische Seite des Problems erläutern.

Der amerikanische Generalstabschef Bradley stellte am Dienstag fest, in einem etwaigen dritten Weltkrieg sei die Verteidigung und nicht die Befreiung Westeuropas das Ziel der amerikanischen Außen- und Militärpolitik.

Neue Düsenjäger in Deutschland

dpa. Wiesbaden, 20. September

Auf dem Flugplatz Fürstenfeldbruck in Bayern trafen am Montagabend aus den USA 85 amerikanische Düsenjäger des neuen Typ Baumuster „F 84" ein. Ein in Fürstenfeldbruck stationiertes Jagdbombergeschwader der amerikanischen Luftstreitkräfte, das bisher über Düsenjäger vom Typ „F 80" verfügte, soll auf diesen neuen Typ umgestellt werden. Nach Angabe des europäischen Hauptquartiers der amerikanischen Luftstreitkräfte werden noch 65 neue Düsenjäger erwartet. Sie erreichen eine Fluggeschwindigkeit von 600 amerikanischen Meilen in der Stunde und können etwa 13 000 Meter hoch steigen.

Unbekannte militärische Kräfte in Korea

Politische Folgen der Offensive Mc Arthurs

dmt. New York, 19. September

Die Landung bei Intschon ist nicht nur militärisch, sondern auch politisch von großer Tragweite. McArthurs Ziel ist es offensichtlich, dem Gegner Zufahrtsstraßen und Rückzugswege abzuschneiden und ihn in der Zange zwischen den Kräften im Brückenkopf Pusan und den in Nordkorea stehenden UNO Einheiten vernichtend zu schlagen. Politisch würde das bedeuten, daß die Frage der militärischen Verfolgung des Gegners über den 38. Breitengrad hinaus nach Norden sich von selbst erledigt, und das Problem der Einheit Koreas vom militärischen auf die rein politisch-diplomatische Ebene verlagert wird. Ebenso würde mit einem Schlage die ständig drohende Gefahr einer Ausweitung des Konfliktes und seiner Verlängerung ausgeschaltet sein. Die zur Verteidigung von Soeul herangeführten Verstärkungen geben jedoch zu denken.

Wenn alles so ginge, wie man es erhofft, wäre ein „Cannae" im klassischen Sinne geschlagen. Aber Cannaes sind selten, Ueberraschungen dagegen häufig. Es stellt sich die Frage, ob wirklich die Nordkoreaner bei ihrer letzten großen Offensive gegen den Brückenkopf alle verfügbaren Reserven eingesetzt hatten, so daß die nordkoreanische Führung über keine ausreichende Kräfte mehr verfügt, um sich dem würgenden Griff McArthurs entziehen zu können. Es fragt sich weiter, ob nicht die Nordkoreaner vor dem Brückenkopf länger und zäher Widerstand leisten, können, als man erwartet.

Daß weder Moskau noch Peking sich zu Maßnahmen entschließen werden, die zu einem allgemeinen Kriegszustand führen könnten, scheint so gut wie sicher zu sein. Aber es gibt Maßnahmen genug, die nicht zur offenen Einmischung zu gehen brauchen und trotzdem das militärische Konzept McArthurs empfindlich stören könnten.

Es dürfte bisher schon so gewesen sein, daß die schwer angeschlagenen nordkoreanischen Divisionen über die Mandschurei immer wieder neu aufgefüllt wurden. Das eine „dritte Kraft" — Rot-China — versteckt auf Korea einwirkte, ist bis jetzt nicht erwiesen. Chinesen haben bis jetzt nicht in den nordkoreanischen Truppenteilen gekämpft. Wieviele Koreaner aber gibt es in den an der Yalu-Grenze in der Mandschurei aufmarschierten chinesischen Divisionen, die nun als „Freiwillige" aufgeboten werden könnten. Die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß eine „unbekannte nordkoreanische Armee" im Augenblick der höchsten Gefahr zum Einsatz kommt. Gerade in der berühmten 8. chinesischen Armee gibt es zahlreiche rein koreanische Einheiten von höchstem Kampfwert.

Juliana für Einbeziehung Deutschland

dmt. Amsterdam, 19. September

Bei der Eröffnung der neuen Sitzungsperiode im niederländischen Parlament erklärte Königin Juliana, die in Westeuropa erzielten Fortschritte in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ließen es ratsam erscheinen, auch Deutschland möglichst schnell in einem Zusammenschluß der europäischen freien Nationen einzubeziehen. Die Königin erinnerte an die Erweiterung des holländisch-deutschen Warenverkehrs und an die Schaffung der europäischen Zahlungsunion, der nun eine Union der westeuropäischen Grundstoffindustrien folgen müsse. Holland sei zu einem engeren Zusammengehen mit gleichgesinnten Völkern entschlossen, um die Freiheit vor Angriffen zu schützen. Das könne aber nur durch die Schaffung einer kollektiven Sicherheit geschehen, an der die Niederlande sehr interessiert seien.

Militärausgaben erhöht

dmt. Amsterdam, 19. September

Mit einer 10- bis 15-prozentigen Erhöhung der Militär-Ausgaben im Zusammenhang mit den geplanten Maßnahmen zur Verteidigung Westeuropas muß sich das holländische Parlament beschäftigen. Finanzminister Lieftinck appellierte an das Verständnis und die Opferbereitschaft der holländischen Bevölkerung, weil angesichts der schwierigen finanziellen Lage Hollands der für Verteidigungszwecke im Haushalt eingesetzte Mehrbetrag eine Verminderung der anderen Ausgaben erfordert.

Schlappe in Indochina

dpa. Saigon, 19. September

Der seit mehreren Tagen von starken Vietminh-Verbänden belagerte vietnamesische Grenzposten Dongkhe fiel am Dienstag in die Hände der Aufständischen, die von der französischen Armee offiziell mitgeteilt wurde. Die Verteidiger haben, wie es in dem französischen Kommuniqué heißt, zwei Tage den weit überlegenen gegnerischen Streitkräften tapferen Widerstand geleistet. Am Montag waren über Dongkhe nach französische Fallschirmtruppen abgesetzt worden, die die kleine Garnison verstärken sollten.

Wegen Sabotage verhaftet

gm Berlin, 19. September

Wie das Informationsamt der Sowjetzonen-Regierung am Dienstag bekanntgab, wurden auf Veranlassung der Kommission für staatliche Kontrolle der Abteilungsleiter Dölling im Ministerium für Land- und Forstwirtschaft und der Abteilungsleiter Leininger im Finanzministerium wegen Sabotage verhaftet. Dölling soll seine Dienststellung ausgenützt haben, um zugunsten der früheren Agrarkapitalistischen Siedlungsgesellschaften die Behandlung der Altsiedlerverfahren zu hintertreiben. Außerdem soll er ungesetzliche Beziehungen zu „bauernfeindlichen Elementen in Westdeutschland" unterhalten haben. Leininger wird vorgeworfen, die Durchführung des Entschuldungsgesetzes der Altsiedler „in bauernfeindlichem Sinne" hintertrieben zu haben, wobei er sich auf Informationen gestützt haben soll, die er sich aus Westberlin verschafft habe.

Düsenjäger stießen zusammen

dpa. Kopenhagen, 19. September

Zwei Düsenjäger der dänischen Luftwaffe stießen bei einem Uebungsflug zusammen. Sie befanden sich in 3000 Meter Höhe und hatten eine Geschwindigkeit von 600 bis 700 Kilometern. Einem Flugzeug wurde das Leitwerk abgerissen, so daß es abstürzte und völlig zerstört wurde. Dem Führer glückte es, sich mit dem Fallschirm zu retten.

Moskaus Ansicht

dmt. Moskau, 20. September

Am Mittwochfrüh gab der Moskauer Rundfunk einen Kommentar zum Abschluß-Kommuniqué. Die Deutschlandbeschlüsse zeigten deutlich, daß die deutsche Wirtschaft und das Menschenreservoir der Bundesrepublik in großem Umfang in die Kriegsvorbereitungen der angloamerikanischen Imperialisten eingespannt werden sollten. Die Westmächte hätten die Absicht, Westdeutschland in den aggressiven Block der Westmächte einzubeziehen. Das Kommuniqué stelle den Versuch dar, die Wiederaufrüstung und die Wiederherstellung des militärischen Potentials Westdeutschlands zu rechtfertigen.

Aus Westdeutschland

Brieftasche verriet den Zwiebeldieb

l. **Aachen.** Ausgerechnet auf die Zwiebeln seines Mitbürgers hatte es ein Mann aus Aachen, der in fünf „Nachtschichten" auf einem großen Zwiebelfeld insgesamt ungefähr vier Zentner Zwiebeln gestohlen hatte. Ausgerechnet in der letzten Nacht verlor er auf dem Grundstück seine Brieftasche. Der Besitzer dieses Zwiebelbeetes, der am anderen Morgen mitten in dem aufgewühlten Feld das verräterische Indiz entdeckte, lief damit schnurstracks zur Polizei, die anhand der in der Brieftasche befindlichen Personalpapiere den ungeschickten Zwiebeldieb noch in der gleichen Stunde dingfest machen konnte.

Landbevölkerung zahlt bar

l. **Neuß.** Im Bereich der Industrie- und Handelskammer Neuß wurden während des Sommerschlußverkaufs keine übernormalen Sparkassen- und Bankabhebungen festgestellt, obwohl der Umsatz des Einzelhandels im Vergleich zum Winterschlußverkauf um 20 bis 30 Prozent höher war. Die Kammer teilte hierzu mit, daß die Landbevölkerung während des Sommerschlußverkaufs größere Barkäufe getätigt hat als zu früheren Zeiten. Die städtische Bevölkerung kaufte demgegenüber vorwiegend auf Kredit. Selbst der Umsatz abgelegener Geschäfte war in diesem Jahre gut. Der Preisabbau, der nicht so erheblich war, wie im Winterschlußverkauf, betrug nach Angaben der Kammer immerhin noch 20 Prozent.

200 000 tragen künstliche Glieder

d. **Hannover.** In Hannover wurde die 38. Tagung der Deutschen Orthopädischen Gesellschaft eröffnet, an der mehr als vierhundert Aerzte aus allen Teilen Deutschlands und aus dem Ausland teilnehmen. Einer Mitteilung des Beauftragten des Bonner Arbeitsministeriums zufolge, leben zur Zeit in der Bundesrepublik 151 729 Beinamputierte, 6361 Doppel-Beinamputierte, 47 568 Armamputierte, 832 Ohnhänder, 84 Blinde ohne Hände, 819 Doppelamputierte (ein Arm und ein Bein), 83 dreifach Amputierte und neun vierfach Amputierte.

Herbstfrisuren bleiben kurz

d. **Oldenburg.** Ueber die Herbst-Frisurenmode 1950 wurde vom Fachbeirat der Oldenburger Friseurinnung nach einem Wettbewerb der besten Figaros aus dem Verwaltungsbezirk Oldenburg gesagt, daß nach wie vor kurzes Haar bevorzugt wird. Die Länge der Haare schwankte zwischen drei und sieben Zentimeter. Durch die kleine enganliegende Frisur werde die Kopfform stark betont. Als modische Haarfarben wurden Orange-Blond bis Kupferrot genannt.

Sport

Cirkel bester westfälischer Turner

In der Freilichtbühne zu Wattenscheid führte der Westfälische Turnerbund am Sonntag vor ansprechendem Besuch ein Ausscheidungsturnen seiner Spitzenkönner für den am 1. Oktober in Düsseldorf stattfindenden Endkampf des Wettbewerbs der Länder-Auswahlriegen zwischen Westfalen, Rheinland und Württemberg durch. Im Beisein von Olympiasieger Walter Steffens warteten die Anwärter mit guten Leistungen auf, wobei sich in Abwesenheit von Adalbert Dickhut der Herner Cirkel mit 57,25 Punkten als der Beste erwies.

Die genaue Placierung: 1. Cirkel (Herne) 57,25 P., 2. Franke (Bielefeld) 57,0 P., 3. Gerard (Iserlohn) 56,10 P., 4. Hübner (Bockum-Hövel) 55,70 P., 5. Reitz (Dorstfeld) 55,45 P., 6. Kaliga (Mengede) 54,95 P., 7. Caspelher (Herne) 54,90 P., 7. Rinke (Plettenberg) 54,90 P., 8. Wiemecke (Dorstfeld) 53,47 P., 9. Kaiser (Hamm) 53,20 P., 10. Dumke (Herne) 52,95 P., 11. Albers (Bochum-Dahlhausen) 50,80 P., 12. Biallas (Bochum) 50,30 P.

Joe Walcott fuhr ohne Börse wieder nach Hause

Der amerikanische Schwergewichtsboxer Joe Walcott flog am Sonntagnachmittag vom Frankfurter Flughafen wieder in die Vereinigten Staaten zurück. Walcott, der die Börse seines Mannheimer Kampfes von etwa 70 000 DM auf Grund der alliierten Bestimmungen noch immer nicht erhalten konnte, hofft im November gegen Joey Maxim zu boxen. In Deutschland hat es Walcott gut gefallen. Er hofft, im nächsten Jahr für einige Monate wieder zurückkehren zu können. Er ist jederzeit bereit, in Deutschland oder in den USA wieder gegen ten Hoff zu boxen.

Walcott flog zusammen mit seinem Sohn, der nach längerer Ferienzeit wieder die Schule besuchen muß. Er hatte die Absicht, in Hamburg während der Zwischenlandung sich von dem deutschen Schwergewichtsmeister ten Hoff zu verabschieden.

Deutscher Fußballmeister siegte in Lausanne

Der deutsche Fußballmeister VfB Stuttgart gewann am Montag bei seinem zweiten Schweizer Spiel vor 4000 Zuschauern gegen Lausanne Sports sicher mit 3:0 (3:0) Toren. Die Elf hatte am Sonnabend in Zürich als Stuttgarter Sportmannschaft ein 3:3-Unentschieden erzielt.

Graphischer Wettbewerb des NOK

Für die Olympischen Sommerspiele 1952 in Helsinki führt das deutsche Nationale Olympische Komitee einen Vorwettbewerb auf dem Gebiet der Graphik durch, der Handzeichnung und Buchgraphik umfaßt und an dem alle deutschen Maler und Graphiker, die in den vier Besatzungszonen Deutschlands ihren Wohnsitz haben, teilnehmen können. Für die besten Werke stehen Geldpreise im Gesamtbetrag von 4000 DM zur Verfügung. Schlußtermin für die Einsendungen ist der 1. Dezember 1950. Ueber die Verteilung der Preise entscheidet eine Jury, die sich aus vier Vertretern des NOK und fünf Vertretern der Künstler zusammensetzt.

Die Einzelheiten der Teilnahmebedingungen können angefordert werden beim Nationalen Olympischen Komitee, Köln, Kaiser-Wilhelm-Ring 2/4 oder beim Bund Deutscher Landesberufsverbände Bildender Künstler, Düsseldorf, Alleestr. 11a, Kunsthalle.

*

Fünf Wochen nach dem Endkampf der Länderriegen, der am 1. Oktober in der Düsseldorfer Rheinhalle Württemberg, Westfalen und das Rheinland zusammenführt, treffen sich Westfalen und Rheinland am 5. November in Hagen zu ihrer traditionellen Freundschafts-Begegnung im Kunstturnen.

*

Der Verbandsausschuß des westdeutschen Fußballverbandes sperrte Weghorst (Preußen Münster) und Moldrzik (Duisburger SpV) jeweils für fünf Wochen. Weghorst war im Spiel Duisburger SpV gegen Preußen Münster (1:2) wegen einer Tätlichkeit an Moldrzik des Feldes verwiesen worden. Der vorübergehend ausgeschiedene Moldrzik hatte sich gegen Weghorst außerhalb des Spielfeldes mit einem Faustschlag revanchiert.

Toto Rheinland-Pfalz

I. Rang 844.20 DM, II. Rang 30.15 DM, III. Rang 2.95 DM. — Kleintip 210.25 DM.

So kurz wie möglich

Das Bonner Bundestagsgebäude soll um 130 Arbeitsräume, 50 Archiv- und Bibliotheksräume und schließlich um 8 Sitzungssäle erweitert werden. Die Arbeiten sollen schon im Oktober in Angriff genommen werden. (Und wir dachten, man habe beim Bau im letzten Jahr für alles vorgesorgt . . .!)

Kein Papier für Bibeldruck mehr. Der gesamte Bibeldruck in der sowjetischen Zone ist dadurch zum Erliegen gekommen, daß von Polizeistellen die für den Bibeldruck bestimmten erheblichen Papiervorräte ohne Begründung „sichergestellt" wurden.

Wiederaufbau Stalingrads. In Stalingrad sind bis jetzt dreihundert vielstöckige und zweitausend zwei- und dreistöckige Häuser repariert oder wieder aufgebaut worden. Dazu kommen fünfzehntausend Einzelwohnhäuser. Ganz neu errichtet wurden 52 Schulen, 15 Krankenhäuser, 30 Kinderheime und mehrere Kulturpaläste. Im Bau befinden sich der neue Hauptbahnhof, das neue Zentralpostamt und ein neues Großhotel.

Mit der „Meerkatze" nach Bergen. Oberregierungsrat Dr. Meseck, Fischereireferent im Bundesernährungsministerium, und weitere Sachverständige werden am 21. September mit dem deutschen Fischereischutzboot „Meerkatze" von Cuxhaven aus zur Teilnahme an einer Fischereikonferenz in Bergen reisen. An dieser Tagung nehmen Vertreter aller Fischereiländer teil.

Flugzeug auf einem Gletscher gelandet. Ein viermotoriges isländisches Verkehrsflugzeug, das mit sieben Personen an Bord vermißt wurde, ist nach vier Tagen auf einem Gletscher in Südost-Island aufgefunden worden. Alle Insassen der Maschine, darunter eine Stewardeß, waren noch am Leben, obwohl sich das Flugzeug bei seiner Notlandung überschlagen hatte.

Wieder eine neue Partei. Unter dem Namen „Nationale Partei Deutschlands" (NPD) trat am Wochenende in Kassel eine Partei an die Oeffentlichkeit, die für die Einheit Deutschlands, Abzug der Besatzungsmacht, Aechtung des Krieges und staatliche Aufsicht der sozialen Wirtschaftspolitik eintritt.

Wetterbericht

Wechselhaft

Vor dem Westausgang des Kanals liegt ein flaches Tief, das mit den herrschenden Westströmungen am Mittwoch Nordrhein-Westfalen überquert. Von den Azoren her stößt ein Hochdruckkeil nach Irland vor, der nachfolgend unser Wetter bestimmt. Vorhersage: Bewölkt mit leichtem Regen. Tagestemperaturen um 15 Grad. Weitere Aussichten: Leichte Besserung.

Verlag: Wilhelm Bell jr., Halver, Kirchstraße 5
Fernruf: Halver 442 - Hauptschriftleitung: K. F. Günther - Lokale Schriftleitung: Werner Bell - Anzeigenleitung: Ernst Höngen, Halver - Postverlagsort: Halver i. Westf. - Erscheint werktäglich.

Christus ist mein Leben,
Sterben ist mein Gewinn.
Hebräer 4, Vers 9
Es ist noch eine Ruh vorhanden dem Volke Gottes.

Heute morgen um ½6 Uhr rief Gott der Herr aus der Mühe und Unruhe der Zeitlichkeit, zur Ruhe des Volkes Gottes, meine liebe Frau, unsere nimmermüde, stets um uns besorgte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin, Cousine und Tante

Frau Pauline Schmidt

geb. Bergmann

im Alter von fast 67 Jahren.

In tiefer Trauer:

Theodor Schmidt
nebst Angehörigen

Edelkirchen, den 19. September 1950.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, dem 23. Sept. 1950, nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause aus, statt.

Trauerfeier ½ Stunde vorher.

Wirte-Verein · Halver

Freitag, 22. Sept. 1950, 16 Uhr, im Lokale „Karlshöhe"
außerordentliche Versammlung
Tagesordnung:
Bericht über den Verbandstag in Bochum.
Besuch der Kölner Gastwirtsmesse.
Verschiedenes.
Wir bitten um zahlreiches Erscheinen.
Der Vorstand.

Jetzt ist es Zeit
Obstbäume
zu bestellen, wenn Sie Wert legen auf gute Formen und Sorten für hiesige Gegend.
Eugen Höngen
Obst- und Gartenbau
Samenvertretung
Halver i. Westf.

Qualitäts-Isolierflaschen
¼, ½, ¾ Liter
Wilh. Bell jr.,
Halver.

Leeres Zimmer
an berufstätige, ältere Dame zu vermieten.
Angebote unter 332 an Allgem. Anzeig. Halver.

